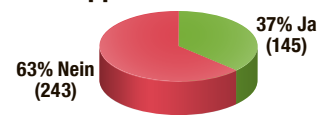


Frage des Tages

Die Polizei bläst die schon bewilligte Pegida-Demo ab – richtig?

Die Polizei zieht die Bewilligungen für die Pegida-Demo und die Gegendemonstration zurück. Ist das richtig? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Soll Telebasel den Theologischen Tipp weiter senden?



Aus Gendergründen auf ein Amt zu verzichten, bringt unter dem Strich niemandem etwas Bei gleicher Qualifikation Frau bevorzugt

Von Jonas Hoskyn



Es war nur eine kleine Anmerkung am Ende unseres Interviews mit dem grünen Grossrat Michael Wüthrich über seine Ambitionen auf einen Sitz in der Regierung.

Aber eine, die ihm wichtig war: «Ich bin immer bereit, meine Kandidatur zugunsten einer valablen, klar positionierten Kandidatin zurückzuziehen», hielt Wüthrich fest. Aus dieser Überzeugung heraus habe er bereits im Verwaltungsrat der BVB Platz für seine Parteikollegin Mirjam Ballmer gemacht. Und auch bei den Nationalratswahlen 2007, als Wüthrich bei den Grünen Platz zwei hinter der gewählten Anita Lachenmeier belegte, habe er zuvor vereinbart, dass er auf seine Wahl verzichten werde, wenn dafür eine Frau nachrücken könne.

Es spricht für Wüthrich, dass er sein politisches Ego hinter seine politischen Werte zurückstellen kann. Dafür verdient er Respekt. Ich will auch nicht im Geringsten behaupten, dass punkto Gleichstellung hierzulande nicht noch eine Menge Arbeit bevorsteht. Dennoch stellen sich bei einer derart radikalen Auslegung der Genderfrage eine Reihe Fragen. Zuallererst die naheliegendste, warum der Gymnasiallehrer überhaupt

für politische Ämter kandidiert, wenn er sich dann zugunsten von Parteikolleginnen zurückzieht. Die Frauenfrage spielt bei der Auswahl von Kandidaten bei der Linken immer eine wichtige Rolle. Doch so konsequent wie Wüthrich legt nur selten ein Politiker die Ausgangslage dar.

Die Aussage von Wüthrich geht über eine persönliche Haltung hinaus. Denn auch auf weitere Kandidaten aus den Reihen der Grünen dürfte der Druck steigen, ihre Kandidatur hinter diejenige einer Parteikollegin zurückzustellen. Oder um es mit den Worten eines Baselbieter Kollegen zu sagen: «Der Saustall ist für die Eber geschlossen.» Die einzige Möglichkeit, als Mann doch nominiert zu werden, wäre, alle Mitkandidatinnen als «nicht valabel» oder «nicht klar positioniert» abzukanzeln. Ein Affront, der einen Scherbenhaufen zurückliesse.

Spinnt man den Gedanken weiter, sollten auch andere Bevölkerungsgruppen auf ihr Recht pochen. Wie viele homosexuelle Regierungsräte hatte Basel schon? Maximal eine Handvoll. Wie viele Regierungsräte gab es mit einer Behinderung? Mir ist keiner bekannt. Wie viele mit Migrationshintergrund? Aus der jüngsten Zeit lediglich Carlo Conti, dessen Vorfahren aus Italien stammen. Warum wohnt kein Mitglied der Regierung in Riehen oder in den bevölkerungsreichen Quartieren Gundeli oder Unteres Kleinbasel?

National zumindest spielt diese Frage eine entscheidende Rolle.

Zieht Wüthrich seinen Vorsatz durch, wird man als Wähler letztlich zu Recht zweifeln, ob die Partei wirklich den/die geeignetste/n Kandidaten/Kandidatin ausgewählt hat oder ob am Ende der biologische Zufall ausschlaggebend war. Und auch eine mögliche grüne Kandidatin wird sich immer fragen, ob sie wirklich nur aufgrund ihrer Fähigkeiten auf den Schild gehoben wurde oder nur aus Grosszügigkeit ihrer Mitbewerber. Der Platz auf dem Wahlplakat, als ideologisches Almosen, ist doch keine sehr erstrebenswerte Situation.

Die Frauenfrage ist nicht mit Quoten zu lösen. Die Veränderung muss von unten wachsen.

Heute wird gerade mal einer von sieben Regierungssitzen von einer Frau besetzt. Möglich, dass Finanzministerin Eva Herzog bei den kommenden Wahlen eine Kollegin erhält, möglich, dass sie die Henne im Korb bleibt. Nicht ganz ohne Ironie ist da der Umstand, dass in der deutlich bürgerlicheren Baselbieter Regierung der von linker Seite geforderte Frauenanteil mit 40 Prozent erfüllt ist. Die FDP, die in Basel-Stadt notabene nicht einmal eine Parla-

mentarierin in der 13-köpfigen Grossratsfraktion vorweisen kann, stellt mit Sabine Pegoraro und Monica Gschwind beide Frauen im fünfköpfigen Gremium. Bei keiner von ihnen fiel bei der Nomination oder im Wahkampf auch nur ein einziges Wort zum Geschlecht. Anders bei der Baselbieter SP. Dort ritten die Genossinnen so lange auf der Genderfrage herum, bis der aussichtsreichste Kandidat Eric Nussbaumer entnervt das Handtuch warf. Das Kandidatenduo Regula Nebiker und Daniel Mürger – er unter konstantem Beschuss der eigenen Frauenfraktion – fiel beim Volk gnadenlos durch und die SP verlor ihren Sitz in der Regierung. Alleine dieser Umstand müsste für die Basler Linken Anlass genug sein, ihre Quotenlogik zu überdenken.

Selbstverständlich ist die Gleichstellung von Mann und Frau noch lange nicht abgeschlossen – in der Wirtschaft noch weniger als in der Politik. Immer wieder blitzt bei dem Thema ein Gedanke in meinem Kopf auf: «und das im Jahr 2016». Doch die Frauenfrage lässt sich nicht mit einer aufgedruckten Quote lösen – die Veränderung muss von unten wachsen. Teilzeitarbeit, Job-sharing, ein gut ausgebautes Betreuungsangebot, Vaterurlaub – die Möglichkeiten sind zahlreich und bekannt. Nur so kann man wirklich von Gleichberechtigung reden. Ein vorausseilender Verzicht bringt da wenig. jonas.hoskyn@baz.ch

Polizei sagt Pegida-Demo ab

Ausschreitungen befürchtet

Von Jonas Hoskyn

Basel. Die Kantonspolizei hat entschieden, der geplanten Pegida-Kundgebung am 3. Februar und der angekündigten Gegendemonstration der Juso die Bewilligung zu entziehen. Die Anti-Islam-Demonstration, die der rechtspopulistische Grossrat Eric Weber beantragt hatte, sorgte in den letzten Tagen schweizweit für Schlagzeilen, nachdem der französische Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen seine Teilnahme angekündigt hatte. Ausserdem schaltete sich der Schweizer Pegida-Ableger immer stärker ein. «Wir hatten Erkenntnisse, dass aus beiden Lagern gewaltbereite Gruppierungen aus dem In- und Ausland planen, nach Basel zu kommen», sagt Polizeisprecher Andreas Knuchel. Offenbar handelt es sich dabei unter anderem um deutsche Fussball-Hooligans, die immer wieder brutale Strassenschlachten rund um Pegida-Demonstrationen anzettelten.

Um die Sicherheit gewährleisten zu können, wären demzufolge enorme Ressourcen notwendig geworden. «Die notwendigen Mittel standen nicht mehr im Verhältnis», sagt Knuchel. Die Polizeileitung habe deshalb in Absprache mit dem Justiz- und Sicherheitsdirektor Baschi Dürr entschieden, beiden Demonstrationen die Bewilligung zu entziehen. Der jetzige Entscheid sei jedoch kein Präzedenzfall. «Jedes Gesuch wird jeweils einzeln geprüft», sagt Knuchel.

Weber wütend, Juso zufrieden

Eric Weber reagierte empört auf den Entscheid der Polizei: «Ich wurde hinterhältig hereingelegt», so der Grossrat. Er will den Entscheid juristisch anfechten. Die Demonstration trotz Verbot durchführen will Weber zwar nicht, «doch meine Gäste kommen trotzdem». Er habe ein «Ersatzprogramm». Der umstrittene Grossrat plant nun, seine Rede an der Parlamentssitzung am gleichen Tag zu halten. Die Pegida überlegt sich laut Wortführer Tobias Steiger auch, die Demonstration trotzdem durchzuführen. «Die Polizei begünstigte die Eskalation, indem sie gewaltbereite Linke am gleichen Ort demonstrieren lassen wollte.»

Zufrieden ist man dagegen bei den Jungsozialisten. «Wir sind erfreut, dass die Pegida-Demonstration nicht stattfinden kann», sagt Parteipräsident Beda Baumgartner. «In Basel ist kein Platz für Pegida.» Seine Partei würde auch in Zukunft alles daran setzen, um Widerstand gegen eine Pegida-Kundgebung zu organisieren. Gleichzeitig distanziert sich Baumgartner von möglichen gewaltbereiten Gruppierungen im Umfeld der Gegendemonstration: «Uns ging es darum, möglichst viele Leute zu mobilisieren, um ein Zeichen zu setzen. Konfrontative Gewalt haben wir nie gesucht.»

Gemeinde-Initiative bringt auf jeden Fall Bewegung

Die Lösung liegt eher im Ausgleich von Härtefällen als in der Umverteilung von Sozialhilfekosten



Ein strukturelles Problem. Günstiger Wohnraum wie hier an der Weiermattstrasse ist mit eine Ursache für Liestals hohe Sozialhilfekosten. Foto Kostas Maros

Von Thomas Gubler

Liestal. Am 26. Januar werden sich die Initianten der Gemeinde-Initiative zum Ausgleich der Sozialhilfekosten treffen und entscheiden, wann sie ihr Begehren einreichen werden. «Wir sind jetzt elf Gemeinden, die formell zugestimmt

haben», sagt der Stadtpräsident von Liestal, Lukas Ott (Grüne), gegenüber der BaZ. Fünf wären für eine Gemeinde-Initiative nötig gewesen. Angeführt wird die Initiative von Liestal und Laufen, den beiden Grossen. Bei den anderen Gemeinden handelt es sich um Hölstein, Waldenburg, Niederdorf, Oberdorf, Lampenberg, Langenbruck, alle aus dem Waldenburgerthal, sowie um Grellingen, Liesberg und Diepflingen.

Agglomegmeinden fehlen

Bei der Gemeinde-Initiative zur Änderung des Baselbieter Finanzausgleichs seien auch nicht mehr Gemeinden beteiligt gewesen, sagt Lukas Ott. Doch anders als bei den Begehren im Zusammenhang mit der Reform der Pensionskasse oder des Finanzausgleichs fehlen die Agglomerationsgemeinden des Birsecks und des Leimentals. Diese halten die aktuelle Initiative für verfehlt, obschon sie, wie etwa Allschwil, Binningen oder Bottmingen, kräftig davon profitieren würden.

Aber auch kleinere Gemeinden ohne namhafte Sozialhilfekosten, wie etwa Burg im Leimental, Nenzlingen oder Röschenz, haben kein Interesse an der Initiative. Sie müssten möglicherweise aufgrund der Belastung durch den Ausgleich und kumuliert mit den sinkenden Einnahmen aus dem horizontalen Finanzausgleich ihre Steuern markant erhöhen. Das bedeutet: In Extremfällen könnte die Initiative dazu führen, dass reiche Gemeinden entlas-

tet und arme Kommunen zusätzlich belastet werden.

Die nicht formulierte sogenannte Ausgleichs-Initiative sieht vor, 70 Prozent der Nettosozialhilfekosten aller 86 Baselbieter Gemeinden in einem Pool zusammenzufassen. Der so entstandene Poolbetrag würde dann nach Einwohnerzahl auf die Gemeinden aufgeteilt. Einen Sockel von 30 Prozent trägt jede Gemeinde selbst. Ziel ist es, Kommunen mit überdurchschnittlich hohen Sozialhilfekosten wie beispielsweise Liestal (rund sechs Millionen oder 474 Franken pro Einwohner) oder Grellingen (564 Franken pro Einwohner, eine Million absolut) zu entlasten.

Verbesserung der Härtefall-Hilfe

Lukas Ott ist aller Kritik zum Trotz nach wie vor von der Richtigkeit des Begehrens überzeugt. «Bisher konnte mir noch niemand einen besseren Vorschlag unterbreiten. Wir haben ein strukturelles Problem. Und ein solches kann man nicht über Einzelfallgerechtigkeit mit separaten und immer wieder neuen Gesuchen lösen», meint der Liestaler Stadtpräsident. Andere Gemeindevertreter wie der Prattler Finanzchef Max Hippenmeyer (FDP) sind da anderer Ansicht. Der Solidaritätsgedanke stosse hier entschieden an Grenzen. Den am stärksten belasteten Gemeinden müsse individuell geholfen werden, meinte Hippenmeyer.

So kursierten denn auch schon Gerüchte, die Übung mit der Initiative

werde abgeblasen, die Finanz- und Kirchendirektion (FKD) sei schon im Begriff, eine Vorlage zu erarbeiten, die ebendiesen Härtefällen besser gerecht werde. Beide Seiten – Ott und die FKD – dementieren dies jedoch vehement. Nicht dementiert wurde indessen seitens der FKD, dass man sich selbstverständlich mit der Materie beschäftige. Er wisse ja nicht, wann die Initiative eingereicht werde, sagte Finanzdirektor Anton Lauber (CVP). «Dann aber nehme ich eine Auslegeordnung vor und werde selbstverständlich Lösungsmodelle prüfen, welche das finanzielle Äquivalent nicht tangieren», erklärte Lauber. Mit anderen Worten: Eine vom Finanzdirektor als Gegenvorschlag angepeilte Lösung wird in Richtung Verbesserung des Härtefallausgleichs für besonders betroffene Gemeinden gehen und nicht in einer generellen Umverteilung der Sozialhilfekosten liegen, wie sie die Initiative vorsieht.

Eine solche Härtefallregelung besteht bereits im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes. Zwei Gemeinden haben diesen Ausgleichsfonds in jüngerer Zeit beansprucht, nämlich Waldenburg und Grellingen. Kürzlich hat auch die Stadt Liestal ein Gesuch gestellt, und Lukas Ott hofft, für das Jahr 2014 eine Abgeltung zu erhalten. «Weil 29 Prozent der Fallzunahmen in diesem Jahr auf Liestal entfallen», wie der Stadtpräsident erklärt. Damit fährt Liestal also zweigleisig: auf der Initiativ- und auf der Härtefallsschiene.

ANZEIGE

TEST
THE ROCK OPERA
20. FEBRUAR BIS 6. MÄRZ
SCALA BASEL
WWW.TESTROCKOPERA.COM

ANZEIGE

Lächelnde Schönheit.



wohnbedarf

Wohnbedarf AG Basel
Aeschenvorstadt 48
4010 Basel
T 061 295 90 90
www.wohnbedarf.com

Parking im Haus!